

Dresdener Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Herausgeber: Ed. Schacht, Dresden,
Verleger: Raben & Comp., Dresden,
Vertrieb: Raben & Comp., Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abendausgabe einschließlich Freitagabend mit der täglichen Unterhaltungsbeilage, Dresden, Sonntag, 1. März, Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinstraße 16, Fernsprecher Nr. 2521. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Wettinstraße 16, Fernsprecher Nr. 2521 und 1377. Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Monatsbeilage 30 Pf., die 10 mm breite Monatsbeilage 200 Pf., für ausländische Abonnenten 40 Pf. und 250 Pf. Familienabonnent, Eilsend- und Wochenausgabe 40 Pf. Abh. für Preisermäßigung 10 Pf.

Nr. 22

Dresden, Donnerstag den 26. Januar 1928

39. Jahrg.

Die Rebellion der Zollwucherer

Der Weg zur Katastrophe

Die führerlose Finanzpolitik

D. Das Agitationsbedürfnis der Deutschnationalen droht zu einer Staatsgefahr zu werden. Durch eine monatelange Agitation ist die Landbevölkerung aufgehetzt worden und lobt nun, weil die ulerlosen Forderungen nicht erfüllt werden können. Die Gewissenlosigkeit der Deutschnationalen und des Landbundes kennt keine Grenzen. In der Berliner Deutschen Zeitung ruft der „ehemalige königliche Landrat“ von Serberg die Bauern auf, auf die Straße zu gehen. Im Hauptausdruck des Reichstages hat der Bauernführer Kling dasselbe getan und mit dem Sturm auf die Finanzämter gedroht. Der pommerische Landbundesführer Jandrew erklärte, die ganze liege schon am Pulverfass, die Sozialdemokraten hätten die Revolution nicht allein in Erbpacht genommen. Selbstverständlich steht auch die Drohung mit dem Produktionsstreik der Landwirtschaft nicht.

Was tut dagegen die Reichsregierung? Der Reichsernährungsminister Schiele, selber ein Landbundesführer, wenn er auch nicht alle Neußerungen können mag, hinter dieser Hege steht und die unerfüllbaren Forderungen vertritt, ist selbstverständlich. Etwas anderes sollte man von dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler erwarten, dem die ungeheure schwierige Aufgabe obliegt, die Finanzsituation in Ordnung zu halten, neue Steuerlasten zu vermeiden und unerfüllbaren Wünschen entgegenzutreten. Aber wenn die offiziöse Nachricht richtig ist, daß zwischen Schiele und Herrn Köhler in Wirklichkeit keine Verständigungsverschiedenheiten bestehen, dann hat Herr Dr. Köhler auch in diesem Fall sehr weitgehende Konzessionen gemacht und dem Druck der von den Deutschnationalen entfesselten Agitation mehr nachgegeben als sachlich erreichbar ist.

Auf steuerlichem Gebiet haben die Agrarier die Übernahme der Rentenbank-Grundschuldzinsen in Höhe von 20 Millionen Mark auf die Reichskasse verlangt. Nach Mitteilungen der Germania hat der interfraktionelle Ausschuss diesen Plan fallengelassen, weil ihm wesentliche reparationspolitische Bedenken entgegenstehen. Statt dessen hat man die Zustimmung des Reichsfinanzministers zu einer Reihe anderer steuerlicher Maßnahmen erreicht. Die Nichtschie für die Einkommen- und die Umsatzsteuer für die nicht buchführenden Landwirte sollen bei den Abschluß- und Vorauszahlungen der Abkaltage angepaßt werden. Die Steuern für die Steuerpflichtigen will man niederschlagen. Bei diesen Plänen könnte man sich einverstanden erklären. Die buchführenden Landwirte, also die Großgrundbesitzer, zahlen unendlich nur in den seltensten Fällen Einkommensteuer. Das neue Abkommen kommt also im wesentlichen den kleinen- und Mittelbauern zugute, bei denen mit Recht eine große Empörung herrscht, weil sie durch die bisherige Gesetzgebung steuerlich wesentlich stärker belastet wurden als die Großgrundbesitzer. Da der Gesamttrag der Einkommensteuer, die die Landwirtschaft zahlt, wesentlich unter hundert Millionen Mark bleibt, so ist die Anpassung der Nichtschie auch finanziell von nicht allzu großer Bedeutung.

Andero aber steht es mit der Ablicht der Erleichterung der Vermögenssteuerzahlung bei der Landwirtschaft. Es wird daran gedacht, eine oder zwei Raten der Vermögenssteuer vollständig zu erlassen. Das würde einem Steuererlass von etwa 20 Millionen Mark gleichkommen, bei denen der durchschnittlich größere Teil dem Großgrundbesitz zugute käme. In einem solchen generellen Steuererlass liegt aber nicht die erwünschte Veranlassung vor. Es profitieren von ihr nicht die kleinen Landwirte, die sich in unverschuldeter Not befinden, sondern alle Landwirte ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Verhältnisse und ohne Rücksicht auf die Rentabilität ihrer Unternehmungen. Das ist sachlich unbillig. Wenn was der Landwirtschaft recht ist, das ist anderen Erwerbszweigen billig, und wenn mit dem Abbau der Vermögenssteuer begonnen wird, dann wird es bald mit der Vermögenssteuer vorbei sein.

Aber gerade mit diesem Plan scheint der Reichsfinanzminister Dr. Köhler einverstanden zu sein. Es verlautelet sich dabei etwas davon, daß er dagegen Widerstand geleistet habe und wie er den dadurch entstehenden Ausfall von 20 Millionen Mark decken will. Herr Köhler scheint also vor der Agitation der Agrarier kapituliert zu haben. Wie anders stand er im Dezember da, als es sich um die Durchführung des Lohnsteuer Antrags der Lohnbezieher auf Ermäßigung der Lohnsteuer handelte! Damals hat Herr Köhler sich weigert, damals redete er von den leeren Kassen des Reiches. Damals zwang er die Regierungsparteien, die den Lohnsteuer Antrags zu misgünstigen und die Lohnsteuerbelastung zu

erhöhen. Es handelte sich eben um Arbeiter, nicht um Agrarier.

Herr Köhler ist aber auch sonst ein schwacher Mann, wenn es sich um Wünsche seiner eigenen Regierungsparteien handelt. Sein Geselentwurf über die Schuldenregelung der Liquidationschäden ist nach den bisherigen Angaben der Reichsregierung das äußerste, was mit dem Finanzinteresse des Reiches zu vereinbaren ist. Aber kaum waren die Regierungsparteien eine nach der anderen aufgestanden und hatten weitergehende Forderungen zugunsten der großen Kapitalisten vertreten, da wurde Herr Köhler weich, und man rechnet bereits ziemlich sicher damit, daß er auch auf diesem Gebiete jetzt plötzlich zur Vergabe weiterer Weidmittle bereit sei.

Von einer Führung in finanzpolitischen Dingen ist bei der jetzigen Regierung ebensowenig etwas zu spüren wie in anderen Fragen. Der Reichsfinanzminister läßt sich vielmehr, statt selbst den Sturz zu bestimmen, von anderen beliebig treiben. Daß eine solche Politik verderblich ist und zu schlimmen Konsequenzen führt, ist selbstverständlich. Sie zeigt aber vor allen Dingen auch, was in Wirklichkeit von dem Gerede der bürgerlichen Parteien über die Notwendigkeit der Einschränkung des Staatsrechts zu halten ist. Durch ein Notprogramm für die gezielte Einschränkung des Staatsrechts des Reichstages setzen wollen, tun in der Praxis genau das Gegenteil. Sowohl bei den Forderungen der Landwirtschaft als auch bei den Forderungen für die großen Liquidationsgeschädigten hat sich dasselbe Spiel ereignet: die Regierungsparteien vereinigen sich untereinander und kämpfen gegen ihren eigenen Finanzminister. Bei der Landwirtschaft genießen sie sogar die Unterstützung des Reichsernährungsministers. Und der Reichsfinanzminister, statt durch die Stellung der Vertrauensfrage dieser verantwortungslosen Politik entgegenzutreten, beugt sich ihnen und vertritt am nächsten Tag das Gegenteil von dem, was er am Tage vorher für richtig hielt.

Der Kampf im Ausschuss

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstages trugen am Mittwoch die Abgeordneten Kling vom Bauernbund und Jandrew (DnL, Vp.) nochmals die bekannten Forderungen des Reichslandbundes vor.
Abg. Schmidt (Kpenta, DnL) stellt die vielen in der bürgerlichen Presse herumschwirrenden falschen Angaben über die soziale Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe richtig. Wie er darlegte, beträgt die Belastung für die 2 bis 3 M. Das sei eine Summe, die für die Betriebe durchaus tragbar ist.
Abg. Dr. Hilferding (Soz.) wandte sich gegen die mehr oder minder verheerenden Drohungen der Abgeordneten Kling und

Jandrew. Durch solche Drohungen ließen sich seine Freunde nicht schrecken. Es sei Pflicht des Ministers, dazu Stellung zu nehmen. Zum Thema selbst führte Abg. Hilferding unter anderem folgendes aus: Die Not der Landwirte ist nicht zu leugnen. Ich muß mich aber gegen die Verallgemeinerung dieser Not wenden. Im Ausschuss will man die Umschuldung beschließen, ehe das Gutachten des Reichswirtschaftsrates bzw. der Enquete-Kommission vorliegt. Die Kredithilfe darf unter keinen Umständen ein Restkredit (Kredit zur Aufrechterhaltung des Betriebes), sondern muß produktiver Kredit sein. Deshalb ist eine Kontrolle über Verwendung des Kredites unbedingt erforderlich. Die viel besprochene Milliarden-Auslandanleihe kann sich nur auf zweite Hypotheken stützen. Es es gelingt, dabei den Zinsfuß für die Landwirtschaft so weit zu senken, daß ihn die Landwirte allein tragen können, erscheint zweifelhaft. So wird bei den Auslandsanleiheprojekten für die Landwirtschaft nur eine verschleierte Auslandsanleihe des Reiches herauskommen. Aus diesen Erwägungen wird die sozialdemokratische Fraktion der Verabschiedung dieses Etats nicht zustimmen, solange der Finanzminister nicht genaue Auskunft über die hier drohende Belastung des Reiches gegeben hat.

Daraufhin teilte Reichsernährungsminister Schiele über die von der Regierung beabsichtigten Zwischenkredite folgendes mit: Die Rentenbankkreditanstalt hat erste Hypotheken zu beschaffen. Die Mittel aus ihren letzten Amerika-Anleihen sind noch nicht völlig ausgegeben. Das wichtigste ist aber, die Personal- und schwebenden Schulden von 3 bis 4 Milliarden Mark soweit wie möglich in Realkredite umzuwandeln. Das soll durch Realkredite angebahnt und erleichtert werden. In dieser Richtung ist bereits mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht Zustimmung genommen worden. Die territorialen Kreditanstalten, die zweifelhafte Hypotheken gewähren sollen, sind in Vorbereitung, die in der Zentrale der Landbanken in Berlin zusammengeschlossen sind und die wohl als Kreditträger für Auslandskredite in Frage kommen. Wie die Dinge sich entwickeln, kann heute noch nicht gesagt werden; ein neuer Weg liegt hier vor uns. Die Provinz wird wohl die Garantie für die Anleihe zu übernehmen haben.

Anschließend begannen auf Grund einer Anfrage des Abg. Wurm (Soz.) die Erörterungen über den Oesterreichischen Kredit und die Liquidation der Reichsgetreidekette. Reichsernährungsminister Schiele teilte mit, daß auf Grund der Enthaltung des Enqueteausschusses 16 Firmen die Konzession entzogen worden sei.

Agrarische Dreistigkeit

D. Berlin, 26. Januar. (Sig. Post.) Eine Vertretertagung des Brandenburgischen Landbundes besaßte sich am Mittwoch ebenfalls mit der Not der Landwirtschaft. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es zum Schluß: „Von unserer Spitzenorganisation, dem Reichslandbund, verlangen wir, daß er den Regierungsteilen gegenüber andere Worte findet als bisher. Die schablonenartige Sprache des Reichslandbundes ist nicht die Sprache der Bauern.“
Also überall die gleichen Töne: Mißstimmung gegen die eigene, von der Deutschnationalen Volkspartei getragene Regierung und Drohungen dreifacher Art. Als es es auf dieser Welt nicht noch andre Leute als nur Großagrarier gäbe! Die Herrschaften sollten sich hüten, den Bogen zu überspannen.

Regierungstreif gegen Rentnergesetz

SPD. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages setzte die Regierung am Mittwoch ihren Streif gegen den schwebenden Versuch der beiden Reichsparteien, ein Rentnerverfügungsgesetz zu schaffen, beharrlich fort. Die Sachlage ist die, daß das Gesamtministerium die Frage, ob ein besonderes Rentnerverfügungsgesetz zu schaffen sei, zurückstellen will bis zur Verhandlung der Einkommensteuer. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die vor zwei Monaten sich diesem Verlangen der Regierung angeschlossen, wollen jedoch jetzt die Beratung durchzuführen. Das Zentrum beugte sich diesem Verlangen nicht widerwillig.
Der Vorschlag der Zentrumvertreter, die ganze Frage wegen ihres Zusammenhangs mit der Aufhebung an den Reichsausschuss zu verweisen, ließ auf den

Die Regierung, die durch Beamte des Justiz-, des Finanz- und des Arbeitsministeriums vertreten war, lehnte jede Mitarbeit ab und verweigerte auch jede Auskunft auf Fragen, die an sie gestellt wurden.

Nicht einmal das notwendige Zahlenmaterial unterbreiteten sie dem Ausschuss. Das Ergebnis der ersten prinzipiellen Abstimmung bestand darin, daß der völksparteiliche Antrag, einen Rechtsanspruch auf Versorgung nur Kleinrentnern mit einem früheren Vermögen von mehr als 10.000 Mark zu gewähren, mit 17 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Dafür stimmten nur die Vertreter der Volkspartei, der Demokraten und ein Deutschnationaler, während zwei deutschnationale Abgeordnete den Antrag ablehnten.

Von der Sozialdemokratie ist inzwischen ein Antrag eingeleitet worden, der den Sturz derjenigen, denen ein Anspruch auf Rente gewährt werden soll, nach unten erheblich zu weiten will. Dieser Antrag wird die Grundlage der Weiterberatung bilden.

Für eine norwegische Arbeiterregierung

Oslo, 25. Januar.
Die Zusammenkunft der neuen Regierung wird in der Stortingstube der Arbeiterpartei entworfen werden. Der Abgeordnete des Storting, Gornrud, ist zum Ministerpräsidenten auserkoren. Der König hat gegenüber dem Führer der Arbeiterpartei erklärt, daß er die Verantwortlichkeit mit der Bildung der neuen Regierung übertragen werde, die von der Partei dazu vorausgesetzt wird. Das Organ der Arbeiterpartei, Arbeiterbladet, erklärt, daß es sich nicht um eine Regierung des Königs, sondern um eine Kampfregierung handeln werde.

Schärfsten Widerstand der Sozialdemokratie und wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Koch wandte sich gegen jeden Verschleppungsversuch, bezweifelnde aber auch, ob die Reichsparteien ein ehrliches Spiel treiben. Bei Beratung des § 1 des von den Demokraten beantragten Rentnerverfügungsgesetzes setzte sich jedoch die Deutsche Volkspartei dafür ein, einen Rechtsanspruch auf Versorgung nur den Kleinrentnern zu gewähren, die ein altes Einkommen von mindestens 10.000 Mark oder ein Einkommen von mindestens 500 Mark jährlich gehabt haben. Dabei soll Einkommen aus werkeigenen Gütern oder aus neu erworbenen Vermögen dieser Gruppe von Kleinrentnern nicht angerechnet werden. Eine solche Regelung wurde von der Sozialdemokratie scharf bekämpft. Sie würde dahin führen, daß unter Umständen Kleinrentner mit einem früheren Vermögen von mehr als 10.000 Mark, die wider in sehr guten Verhältnissen leben, eine Rente von 1000 Mark erhalten, während solche, die weniger als 10.000 Mark verloren haben und sich gerade noch knapp einen dürftigen Lebensunterhalt verdienen können, völlig leer ausgehen. Von ähnlichen Gesichtspunkten aus trat das Zentrum dem von den Demokraten unterbreiteten Antrag der Deutschen Volkspartei entgegen.